Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugs-Preis 5.40 Mark
vierteljährlich. Bei Postbezug 5.40 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postscheckkonto Nr. 5796
Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 49 — Herford, Freitag, den 27. Februar 1920 — 30. Jahrgang

Das Reichsgesetz über die Grundschule.

Die Aufhebung der Vorschulen.

Die Schulgesetzgebung des Deutschen Reiches geht denselben Weg, den die preußische Unterrichtsgesetzgebung seinerzeit gegangen ist. Die preußische Verfassung stellte allgemeine Grundsätze für die Unterrichtsgesetzgebung auf und bestimmte, daß auf dieser Grundlage ein Gesetz das gesamte Unterrichtswesen regeln solle. Der preußische Staat hat diese Arbeit in 70 Jahren nicht zustande gebracht. Jahrzehnte hindurch wurde durch jene Verfassungsbestimmung die Einzelgesetzgebung gehindert, bis man sich dazu entschloß, einzelne Steine zu dem verheißenen großen Unterrichtsbau herbeizutragen. Das Unterrichtsgesetz der Verfassung ist auf diese Weise zwar nicht zustande gekommen, aber in einer Reihe von Einzelgesetzen sind allmählich die dringendsten Fragen: Schulaufsicht, Lehrerbesoldung, Witwenversorgung, Schulunterhaltung usw. geregelt worden. Alle inneren Fragen dagegen sind noch heute der Verordnung und der Ministerialverfügung vorbehalten. Für die im Gange befindlichen Umgestaltungen des preußischen Schulwesens war das von entscheidender Bedeutung.

Durch die Vorlegung eines „Gesetzentwurfs betr. die Grundschulen und die Aufhebung der Vorschulen" betritt die Reichsversammlung denselben Weg, nur nicht erst nach Jahrzehnten, sondern nach weniger als einem Jahre. Die Gründe sind andere. Sie liegen nicht in Verfassungsbestimmungen, sondern in der Schwierigkeit eines alle Teile des Schulwesens und sämtliche innere und äußere Schulfragen umfassenden Gesetzgebung. Man wird den Schritt der Reichsregierung billigen müssen, um so mehr, als die betreffenden Verfassungsbestimmungen den Weg für die Lösung der einzelnen Schulfragen ziemlich bestimmt bezeichnen.

Nach dem Gesetzentwurf sollen die ersten vier Schuljahre der Volksschule die Grundschule für alle weiterführenden Schulanstalten bilden. Die Vorschulen sind abzubauen bezw. aufzuheben. Die vollständige Aufhebung muß bei den öffentlichen Vorschulen bis zum Jahre 1924/25, bei den privaten bis zum Jahre 1929/30 beendet sein. Die Erteilung von Privatunterricht und die Errichtung von Privatschulen soll auf wenige Ausnahmefälle (einsame Gehöfte, kranke, viersinnige Kinder usw.) beschränkt werden. Das Gesetz wird als ein Uebergangsgesetz bezeichnet. Den Vorschriften über den Aufbau des gesamten Schulwesens in einem Reichsgesetz soll damit nicht vorgegriffen werden. Es soll, noch vor der Reichsschulkonferenz, nur das geregelt werden, worüber zur Zeit kein Streit mehr ist und was von den Ländern und Gemeinden für das nächste Schuljahr bereits verlangt wird.

Aus diesem Grunde kann man manche Bedenken gegen den Gesetzentwurf zurückstellen, insbesondere die schweren Bedenken gegen die Beschränkung der gemeinsamen Grundschule auf die völlig unzureichende Zeit von vier Jahren. Es muß an dieser Stelle aber mit Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Volksschullehrerschaft eine solche Schule nicht als eine Grundschule ansieht, die die großen jugend- und volkserzieherischen Aufgaben, die der Grundschule zufallen, lösen kann. Die deutsche Lehrerschaft hat in ihrer überwiegenden Mehrheit eine sechsjährige Grundschule gefordert und wird die sechsjährige Grundschule auch bei dieser Gelegenheit mit allem Nachdruck als eine Forderung geltend machen, die weiter besteht und in einem in nicht zu langer Zeit folgenden Reichsgesetze erfüllt werden muß. Der Gesetzentwurf bewegt sich auf dem Wege zum Ziele. Damit muß man sich vielleicht einstweilen begnügen.

Welches Schicksal die Vorlage in der Nationalversammlung haben wird, ist ungewiß. Die Hauptbestimmungen: Aufhebung der Vorschulen und Bezeichnung der Unterstufe der Volksschule als Grundschule, wird kaum ernstlich beanstandet werden. Dagegen gehen die Ansichten über die Unterrichtsfreiheit bezw. über das Schulmonopol des Staates, das in der fast vollständigen Unterdrückung der Privatschulen und des Privatunterrichts zum Ausdruck kommt, weit auseinander. Die Regierungsmehrheit wird dabei schwerlich denselben Weg gehen. Es kann sich leicht eine Mehrheit gegen die Bestimmungen zusammenfinden, die aus ganz verschiedenen Gründen für den privaten Unterricht eintritt: Die Rechte, um die Standesschule, das Zentrum, um die Bekenntnisschule zu schützen, die Mittelpartei und ein Teil der Demokratie, weil sie dem Staate kein unbeschränktes Schulmonopol einräumen wollen und gerade bei voller Durchführung der Einheitsschule für jeden Staatsbürger das Recht verlangen, in privaten Einrichtungen auf eigene Kosten seine Kinder nach den Gesetzen des Staates unterrichten zu lassen. Es wird vielleicht vielen als ein unantastbares staatsbürgerliches Recht erscheinen, ihr Vermögen und ihr Einkommen für die Erziehung ihrer Kinder nach bestem Wissen und Gewissen frei zu verwenden, und man wird dem Staate, der die Verwendung des Eigentums und des Einkommens selbst in nicht einwandfreier Weise nicht hindern kann, nicht das Recht und die Macht geben wollen, die Verwendung eigener Mittel zur Kindererziehung zu beschränken oder gänzlich zu verhindern. Hier liegen die Klippen, und vielleicht hätte ein sonst so vorsichtig abgegrenzter Gesetzentwurf auch hier zurückhaltender sein und sich, der Verfassung entsprechend, auf das Verbot privater Vorschulen beschränken sollen.

Mit der Vorlegung des Gesetzentwurfs unternimmt die Reichsregierung einen ersten Schritt auf einem neuen Gebiet. Daß und wie er gelingt, wird für die ganze kommende oder doch in Aussicht gestellte Reichsschulgesetzgebung wahrscheinlich von entscheidender Bedeutung werden. Wir begleiten diesen Schritt mit aufrichtigen Wünschen — stellt er doch die Erfüllung einer lange vergeblich erhobenen Forderung der Volksschullehrerschaft dar, der Forderung, daß die höchste öffentliche Gewalt in deutschen Landen neben allen Volksanlagen auch die Jugenderziehung pflegen und schützen helfen solle und sie damit als das zu bezeichnen, was sie ist, als eine der höchsten Aufgaben, die einem gebildeten Volke in seinem Staate zu lösen aufgegeben sind.

Das Neueste vom Tage.

Der belgische Journalist Vanthor, der an den während der deutschen Besetzung herausgegebenen Zeitungen mitgearbeitet hatte, wurde vom Schwurgericht in Brüssel zu 5 Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren verurteilt.

In Lyon sollen bereits sechzigtausend Arbeiter streiken, weil sich dort andere Arbeiter dem bestehenden Eisenbahnerausstand angeschlossen haben.

Nach einer Londoner Meldung geht aus Mitteilungen Bonar Laws hervor, daß der Friede zwischen England und Sowjetrußland bald eine Tatsache sein wird.

Bei einem Streik in Saragossa wurde eine Bombe in ein Café geworfen, wobei zahlreiche Gäste verwundet wurden.

Entgegen dem Antrag der Polen bleibt die Sicherheitspolizei in Oberschlesiem bestehen, weil die unsicheren Zustände namentlich in den ländlichen Bezirken und großen Industrieorten ihr Verbleiben dringend erfordern.

Das bayerische Ministerium für soziale Fürsorge veröffentlicht im Einvernehmen mit den übrigen Ministerien Vollzugsvorschriften zum Betriebsrätegesetz. Darnach müssen die ersten Wahlen bis zum 22. März eingeleitet werden.

In der Botschafterkonferenz wurde von englischer Seite auf eine weitere Verteuerung der Lebensmittel und auf die Gefahr einer Welthungersnot hingewiesen.

Abg. Paul Stöffel, der auf Veranlassung des Oberkommandanten in Posen verhaftet wurde, ist aus der Haft entlassen worden und bereits wieder in Bromberg eingetroffen.

Daily Mail erfährt, daß jetzt wenig Zweifel darüber herrsche, daß die europäische Türkei auf Konstantinopel beschränkt wird, während der übrige Teil der ehemaligen Türkei durch Mandat des Völkerbundes verwaltet werden soll.

Die Newyork Times melden aus London, daß einem Bericht aus Moskau zufolge die Bolschewisten Rostow am Don wiedergewonnen haben.

Die Verhandlungen zwischen den Landwirten von Pommern und den Arbeitern scheiterten wider Erwarten an dem erneuten Verlangen der Gewerkschaften auf Ausschluß der Arbeitnehmergruppe des Landbundes.

In der „Tribune" schreibt Generalmajor Sir S. Maurice zu dem neuerlichen Versuch der „Times", das Gespenst eines großen deutschen Heeres vorzuzaubern, daß Deutschland unter sehr schwierigen Umständen das Beste getan hat.

Asquith hielt an dem Abend seiner Wahl im Parlament eine Rede, in der er erklärte, seine Wahl bedeute den Sieg des Liberalismus über den Sozialismus.

Aus Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, ging der Reichsregierung folgendes Telegramm der deutschen Vertrauenskommission zu: Die Deutschen in Montevideo, vom Druck der schmachvollen Auslieferungsansprüche befreit, beglückwünschen die Regierung und die Volksgenossen zu ihrer festen abwehrenden Haltung.

Da sich nach übereinstimmenden Meldungen Archangelsk und die gesamte Murmanküste in den Händen der Bolschewisten befinden, kann die Zurückeroberung ganz Nordrußlands durch die Bolschewisten als geglückt bezeichnet werden.

Gegen den Madrider Expreßzug, in dem sich der Gouverneur von Barcelona befand, wurde eine Bombe geworfen. Personen wurden nicht verletzt.

Vom 8. bis 14. Februar trat in Wien eine erschreckende Verschärfung des Mißverhältnisses zwischen Todesfällen und Geburten ein, indem 1032 Todesfällen 378 Lebendgeburten gegenüberstehen.

Präsident Wilson hat Bainvridge-Colby zum Staatssekretär ernannt.

Berlin, 26. Febr. In der öffentlichen Reichsratsitzung am Donnerstag wurde der Gesetzentwurf über die Grundschulen und die Aufhebung der Vorschulen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Hauptbestimmung ist danach, daß die Volksschulen in den 4 untersten Jahrgängen, die für alle gemeinsame Grundschule ist, auf der sich das Mittel- und höhere Schulwesen aufzubauen hat. Minister Koch wies darauf hin, daß das vorliegende Gesetz finanziell lange nicht die große Tragweite hätte, wie die noch kommenden Schulgesetze.

Dr. Petersen Reichspräsidentschafts-Kandidat?

TU. **Hamburg**, 26. Febr. Dem „Hamburger Korrespondenten" wird aus Berlin berichtet: Es verstärken sich dort die Gerüchte, daß die vorläufige Arbeitsgemeinschaft der Demokraten und Sozialdemokraten sich dahin geeinigt hätte, Dr. Petersen als gemeinsamen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufzustellen. In Hamburg begegnet die Mitteilung starken Zweifeln, da der Posten des Reichspräsidenten eine Art Kaltstellung für den überaus arbeitsfreudigen Hamburger Senator bedeuten würde.

dd. **Berlin**, 27. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Germania" erklärt die Nachricht für freie Erfindung, nach der Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten sich dahin geeinigt hätten, Dr. Petersen als gemeinsamen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufzustellen.

Die sächsischen Bergarbeiter für die Achtstundenschicht.

dd. **Dresden**, 27. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Bei einer Besprechung zwischen dem sächsischen Staatsminister Held und Vertretern der Bergarbeiterorganisationen wurde volle Uebereinstimmung dahin erzielt, daß die Achtstundenschicht im sächsischen Kohlenbergbau vom 1. März ab eingeführt wird. Bereits jetzt wird von den Zechen „Pluto", „Merkur" und „Kaisergrube" die Achtstundenschicht gefahren.

dd. **Bochum**, 27. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Die Belegschaften von drei Schächten der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Aktien-Gesellschaft hat heute nachmittag die Einfahrt verweigert, weil sie eine halbe Ueberschicht machen sollte, was die Belegschaften überhaupt ablehnen. Man fürchtet, daß der Demonstrationsstreik einige Tage anhalten wird.

Entente-Schnüffelei nach deutschen Nachrichtenagenten.

dd. **Frankfurt** a. M., 27. Febr. (Eigene Drahtmeld.) Nach Mitteilungen aus dem besetzten Gebiet sollen sich die Ententebehörden im Besitz einer Liste befinden, die die Namen aller enthält, die während des Krieges als deutsche

Nachrichtenagenten verdächtigt wurden. Die Besatzungsbehörden sollen Befehl erhalten haben, eine Anzahl näher bezeichnete Personen festzustellen.

Nach der Dienstentbindung Erzbergers.

Das Gesuch Erzbergers an den Reichspräsidenten um Entbindung vom Amt des Reichsfinanzministers zum Abschluß der Untersuchung wegen angeblicher Steuerhinterziehung und die Genehmigung des Gesuches durch den Reichspräsidenten hat in der breiten Oeffentlichkeit keinerlei Ueberraschung ausgelöst. Man war vielmehr schon früher darauf gefaßt, daß Herr Erzberger nach dem Gang seines Beleidigungsprozesses gegen Helfferich irgendeinen Ausweg suchen werde, um vor dem Urteilsspruch nicht in der Nationalversammlung als aktiver Minister auftreten zu brauchen. Die auf Grund gestohlener Steuerakten erhobene Beschuldigung der Steuerhinterziehung hat nun der Reichsfinanzminister benutzt, um eine Untersuchung gegen sich beim zuständigen Finanzamt in Charlottenburg zu beantragen und während dieser Untersuchung von der Verwaltung seines Amtes sich entheben zu lassen. Es scheint danach die persönliche Ansicht des Herrn Erzberger zu sein, sehr bald und vor dem Abschluß seines Prozesses die Amtsgeschäfte wieder zu übernehmen. Wir glauben aber Grund zu der Annahme zu haben, daß die Ministerkollegen Erzbergers etwas anders darüber denken und Gewicht darauf legen werden, daß die Suspendierung vom Amte oder zum mindesten die Zurückhaltung Erzbergers im Parlamente bis zur gerichtlichen Entscheidung seines Prozesses gegen Helfferich verschoben wird.

Gewiß ist der alte gute Grundsatz auch heute noch beachtenswert, daß man sein Urteil über einen Prozeß nicht auf die lückenhaften Berichte der Tageszeitungen gründen soll. Selbst die Reichsregierung, die doch noch andere zuverlässigere Wege hatte, um sich über den bisherigen Gang des Prozesses richtig zu informieren, hat es abgelehnt in das schwebende Verfahren einzugreifen. Niemand soll dem Richterspruch vorgreifen. Aber in diesem Prozeß ist doch soviel politisch belastendes Material für Herrn Erzberger zutage getreten, daß sein Verbleiben an hervorragender Stelle im Amte ganz unmöglich erscheint. Sind ihm auch keine kriminellen Vergehen nachgewiesen und hat Helfferich in seinem bedenklichen Verfolgungseifer auch zweifellos öfter über das Ziel hinausgeschossen, so ist doch das politische Charakterbild Erzbergers auf alle Fälle so verdunkelt, daß er nicht länger im Reichsministerium verbleiben kann. Wenn schon früher die absolute Integrität von Ministern und andern Behördenmitgliedern als Selbstverständlichkeit angesehen wurde, so darf heute in der neuen deutschen Republik unter dem besonders schwierigen Verhältnissen der Gegenwart erst recht kein Schein von Zweifel an der weißen Weste der Regierungsleute aufkommen. Das aber ist nach dem bisherigen Gang des Prozesses bezüglich Erzbergers nicht mehr möglich. Auch seine erklärten Freunde, wenn er noch solche besitzt, können ihn nicht in allen Einzelheiten mehr verteidigen.

Die Steuerberatungen in der Nationalversammlung werden ohne Erzberger, an dessen Stelle sein Unterstaatssekretär Mösle tritt, zu Ende geführt werden. Auch wenn Erzberger überhaupt nicht in das Finanzministerium zurückkehrt, werden diese Steuergesetze kaum sofort wesentlich geändert werden. Dazu ist ihre Beratung schon viel zu weit gediehen. Ob später nicht nur der Minister Erzberger, sondern auch sein Steuerwerk gefährdet ist, steht noch dahin.

*

dd. **Berlin**, 27. Febr. (Eig. Drahtmeldung.) Zu einer großen Kundgebung kam es nach der gestrigen Verhandlung im Erzberger-Helfferich-Prozeß vor dem Gerichtsgebäude, als Herr v. Bethmann Hollweg die Straße betrat. Etwa 200 Personen hatten sich dort angesammelt und begrüßten stürmisch den früheren Reichskanzler. Zahlreiche Hochrufe wurden auf Bethmann Hollweg ausgebracht, der fortwährend abwehrte und eiligst davonstrebte. Neben den Hochs auf den früheren Reichskanzler wurden nicht sehr schmeichelhafte Bezeichnungen gegen den Reichsfinanzminister laut.

Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 26. Febr. Zur Erörterung kommt heute das Thema „Kriegssteuern". Erzberger hatte in der Nationalversammlung Helfferich vorgeworfen, daß er als Staatssekretär des Schatzamtes gegen die Kriegssteuern gewesen sei. Hierzu kommt eine Besprechung von Bethmann mit Erzberger im Januar 1917 zur Sprache, als Helfferich bereits seine Kriegssteuervorlage angekündigt hatte. Helfferich erklärt nun, daß der Abg. Spahn ihm die Mitteilung eines Abgeordneten gemacht habe, Bethmann sei bereit, um des Burgfriedens willen, die Steuervorlage zurückzuziehen.

Als Zeugen sind heute u. a. erschienen: von Bethmann-Hollweg, früherer Justizminister Spahn, Stresemann und Hugenberg. Der Verhandlungssaal ist überfüllt. v. Bethmann-Hollweg sagt aus, als die Steuerpläne vom Winter 1915/16 bekannt wurden, habe er, um Erschütterungen des Burgfriedens zu vermeiden, Erzberger zugesagt, er würde mit Helfferich sprechen und habe es getan. Im Januar 1917 habe er aber Erzberger gegenüber geäußert, die Einreichung der Steuervorlagen sei fest beschlossen und es sei seine Pflicht, in der Art der Behandlung der Vorlagen im Reichstage alles zu vermeiden, was den Burgfrieden tatsächlich untergraben könne. Eine Andeutung, daß er persönlich nicht hinter den Steuervorlagen stehe, oder sie gar zurückziehen wolle, habe er nicht gemacht. Er habe den Eindruck gehabt, daß Erzberger daran gelegen war, die Steuervorlage zu Fall zu bringen. Wenn Erzberger so gesprochen habe, wie er jetzt darstellt, mag der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein. Erzberger bleibt dabei, er habe unmittelbar nach der Unterredung mit v. Bethmann-Hollweg in seiner Fraktion darüber gesprochen und von dem Eindruck, den er erhalten habe. Es sei ganz ausgeschlossen, daß er bewußt falsche Mitteilungen gemacht habe.

Es folgt die Vernehmung des Staatsministers Spahn, die ergibt, daß Erzberger gesagt habe, der Reichskanzler lege auf die Durchbringung der Steuervorlage keinen Wert mehr.

Betr. des Vorstoßes Erzbergers im Reichstag im Juli 1917 erklärte Helfferich, daß ihm gegenüber Erzberger vorher bei einer Besprechung Material über den U-Bootkrieg erwähnt habe. Erzberger habe auch ausdrücklich gesagt, er werde dasselbe nicht in der Budgetkommission vorbringen. Gleichwohl habe er einige Tage darauf den bekannten Vorstoß gemacht. Erzberger bleibt bei seiner Aussage, der Reichskanzler sei von seinen Absichten unterrichtet gewesen. Bethmann-Hollweg sagte aus, daß ihm nicht mitgeteilt wurde, daß Erzberger eine solche Aktion vorhabe. Er hätte den Eindruck gehabt, daß die Rede Erzbergers einer unvermuteten Wandlung in seinen taktischen Plänen entsprungen wäre. Er hätte am selben Nachmittag in einer Unterredung Erzberger gegenüber sein Erstaunen ausgedrückt mit den Worten: „Herr Erzberger, Sie haben mich ja überfallen wie Ziethen aus dem Busch."

Staatsminister Solf erklärt, daß Erzberger ihm gesagt habe, daß er energisch gegen die Gewaltpolitik vorgehe und eine Demarche gegen die Regierung beabsichtige. An eine Friedensresolution habe der Zeuge nicht gedacht und habe nur einen Vorstoß gegen den U-Bootkrieg erwartet. Andernfalls hätte er Bethmann-Hollweg benachrichtigt. Nach Staatsminister Solf bekundet Unterstaatssekretär Lewald, daß Erzberger bei der Parlamentarierbesprechung beim Vizekanzler, deren Zweck gewesen sei, jedes Ueberraschungsmoment auszuschalten, erklärt habe, er denke nicht daran, seine Bedenken gegen den U-Bootkrieg im Hauptausschuß vorzubringen. Erzbergers Vorstoß habe eine ganz ungeheure Erregung hervorgerufen. Erzberger begründet sodann seinen Vorstoß damit, daß die ihm erteilte Antwort des Admirals auf sein Material durchaus ungenügend gewesen sei.

Zeuge Dr. Stresemann erklärt, Erzberger habe ihm gegenüber, nachdem er am 5. Juli seiner Frage, ob er Bethmann-Hollweg stützen oder stürzen wollte, ausgewichen sei, am 7. Juli zugegeben, daß er den Kanzler beseitigen wolle. Bethmann-Hollweg wendet sich bei seiner weiteren Vernehmung gegen die Behauptung, er habe die Besprechung zwischen Parlamentariern und der obersten Heeresleitung verhindert. Weiter habe er dem Kaiser mitgeteilt, daß die Lage sehr ernst sei, da Erzbergers Reichstagsgerede große Aufregung hervorgerufen habe. Bethmann-Hollweg habe aber gehofft, der Aufregung Herr zu werden.

In der folgenden Erörterung der Vorgeschichte von Erzbergers Wiener Reise antwortet Erzberger auf die Frage des Vorsitzenden, ob er auf Wunsch des Kardinals Piffl oder auf Wunsch des Reichskanzlers gefahren sei, beides könne möglich sein. Nachdem sich Geheimrat von Gordon und Rechtsanwalt Alsberg mit der Anregung des Vorsitzenden einverstanden erklärt haben, gewisse Fragen, deren Erörterung Reichsinteressen gefährden könnten, nicht zur Sprache zu bringen, bekundet Bethmann-Hollweg, er habe Erzberger keinen Auftrag erteilt, nach Wien zu reisen. Da Erzberger aber in Oesterreich mit einflußreichen Personen zusammenkommen mußte, habe er ihn gebeten, dort pessimistische Stimmungen zu bekämpfen. Die Verhandlung wurde darauf auf Montag vormittag vertagt.

*

dd. **Berlin**, 27. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Germania" erklärt, daß die Meldung, der Parteivorstand des Zentrums sei wegen der Angelegenheit des Reichsfinanzministers Erzberger einberufen, in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Die Tagung des Parteivorstandes war seit längerer Zeit vorgesehen und ist ausschließlich der Ausführung der Beschlüsse des Parteitages gewidmet.

Deutsche Nationalversammlung.

dd. **Berlin**, 26. Februar. (Eig. Bericht.)

Die erste Vollsitzung nach der seit dem 18. Januar währenden Pause war kurz, wenn auch das Sitzungsbild ein lebhaftes Gepräge trug. Begrüßungen und der temperamentvolle Meinungsaustausch über den Fall Erzberger, der auch den Gegenstand einer unmittelbar vorausgegangenen Fraktionssitzung des Zentrums gebildet haben mag, führte die Abgg. innerhalb und außerhalb des Saales gruppenweise zusammen. Präsident Fehrenbach schickte dem Eintritt in die Tagesordnung eine längere Reihe geschäftlicher Mitteilungen voraus, darunter die Vorschläge des Aeltestenausschusses über den Arbeitsplan der nächsten Tage. Die auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen wurden durchweg Ausschüssen überwiesen, teils nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Dr. Cohn (U. S.) und Mumm (Dn.). Dieser tadelte als ungehörig, daß immer neue Vorlagen an die Nationalversammlung gebracht und deren Mandat dadurch weiter verlängert werde, während es in Wirklichkeit längst abgelaufen sei. Im Hause nahm niemand diesen Kampfruf auf, ebensowenig die scharfen Bemängelungen des andauernden Zuströmens lästiger Ausländer. Lediglich Reichsaußenminister Müller ergriff zu kurzer Rechtfertigung des Regierungsstandpunktes in beiden Fragen das Wort. Mehr als nötig werde der verfassunggebenden Nationalversammlung an Arbeitsmaterial nicht aufgebürdet. Besoldungsreform, Etat und Steuern aber müßten wohl oder übel abgefertigt werden. So haben denn jetzt die Ausschüsse in Erörterungen einzutreten über die Novelle zum Personenstandsgesetz, die Vorlage zur Ausführung des Artikels 13 der Verfassung, die Aenderung des Konsulatgebührengesetzes und das Körperschaftssteuergesetz, zu dem in Vertretung des einstweilen zurückgetretenen Reichsfinanzministers Erzberger sein Unterstaatssekretär Dr. Moesle eine kurze Einführung gab. Ohne Erörterung wurden dann noch etliche Bittgesuche erledigt. Die Freitagssitzung bringt die Beantwortung rückständiger kurzer Anfragen und den Vortrag des Ausschußberichterstatters über die Reichseinkommensteuer.

Preußische Landesversammlung.

dd. **Berlin**, 26. Februar. (Eig. Bericht.)

Die Preußische Landesversammlung war heute zu Beginn leidlich besetzt, beschlußfähig aber war das Haus nicht. Das stellte sich gleich bei der ersten vorzunehmenden Abstimmung heraus. Sie betraf das Mandat des Abg. Franz Hacks, eines sozialdemokratischen Studienrates aus Oberschlesien. Obwohl der Wahlprüfungsausschuß Giltigkeitserklärung beantragt hatte, stellte sich ein großer Teil des Hauses gegen diesen Vorschlag. Die einfache Abstimmung war zweifelhaft, die Auszählung (Hammelsprung) ergab dann die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Herr Hacks behielt also vorläufig sein Mandat; ob für die Dauer, ist zweifelhaft. Sozialdemokraten und Demokraten allein suchen ihn zu halten, sie haben in diesem Hause nur eine sehr schwache Mehrheit. Die neue Sitzung, die anberaumt werden mußte, begann eine halbe Stunde später mit der Beratung des Gesetzentwurfes über die Dauer des Vorbereitungsdienstes der Gerichtsreferendare, die auf drei anstatt bisher vier Monate festgesetzt werden soll. Die Vorlage, die die Zustimmung der Abgg. Brandt (Dem.), Goebel (Z.), Dr. Kaufmann, Dr. Görck (D. V.), Dr. Rosenfeld (U. S.) und Heilmann (Soz.) fand, wurde dem Rechtsausschuß überwiesen. Ein Zentrumsantrag um Einrichtung der Berufsberatung auf staatlicher Grundlage fand die Zustimmung der Abgg. Woldt (Soz.), Mentzel (Dn.), Frau Dönhoff (Dem.), Frau Pöhlmann (D. V.) und Kleinspehn (U. S.) und wurde unter Streifung der Worte „auf staatlicher Grundlage" angenommen. Dem Rechtsausschuß überwies das Haus einen Antrag der Demokraten, der vom Abg. Sommer (Dem.) begründet wurde, über die völlige äußere Gleichstellung der freimaurerischen Richtungen durch die neue Verfassung. Ein Antrag des Abg. Dallmer (Dn.) über Vermehrung der Katasterlandmesser um 140 Stellen wurde nach kurzer Aussprache, in der Abg. Twardy (Soz.) 80 Stellen für ausreichend hält, dem Staatshaushalts-Ausschuß überwiesen. Morgen ab 12 Uhr: Geschäftsordnung der Beamtenversammlungen, Anträge. Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Der Termin der Reichstagswahlen noch unbestimmt.

dd. **Berlin**, 27. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Wie wir erfahren, ist auf der letzten Konferenz der Mehrheitsparteien mit dem Reichskanzler in der Frage der Feststellung des Wahltermins für den neuen Reichstag keine Entscheidung getroffen worden. Sie soll erst fallen, wenn die politische Lage geklärt ist.

wtb. **Berlin**, 26. Febr. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung trat heute zu einer Sitzung zusammen und nahm den Bericht des Reichsministers Koch über die Vorentwürfe zum Reichstagswahlrecht entgegen. Die endgültige Vorlage liegt nach Mitteilung des Ministers dem Kabinett bereits vor. Der Ausschuß nahm infolgedessen von der Beratung des Entwurfes Abstand. Minister Koch teilte ferner mit, daß die Entwürfe über die Wahl des Reichspräsidenten und der Volksentscheid gleichfalls dem Kabinett vorliegen und daß der Entwurf über den Staatsgerichtshof ausgearbeitet ist.

Oesterreichisches Holz für deutsche Papierfabriken.

TU. **Wien**, 26. Febr. Der deutsche Reichskanzler führt mit den Landesregierungen Verhandlungen wegen Ueberlassung von Holz aus den österreichischen Staatsforsten an die deutschen Papierfabriken, um dadurch eine Herabsetzung der Preise für Zeitungsdruckpapier herbeizuführen.

Wie die „B. Z. am Mittag" meldet, beabsichtigt der Fahnenjunker v. Hirschfeld, der vom Schwurgericht zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde, beim Reichsgericht Revision einzulegen.

Die bevorstehenden Betriebsrätewahlen.

Der allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beschloß gestern laut „Vorwärts" Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten. Die Neigung, diese Wahlen zu einer Machtprobe politischer Parteikämpfe zu machen, wird als höchst nachteilig bezeichnet. Für die Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sei der größtmöglichste Wahlerfolg gesichert, wenn die Stimmenabgabe nicht durch verschiedene Vorschlagslisten aus ihren Reihen zersplittert werde. Eine Verständigung sei nur möglich auf dem Boden der Nürnberger Kongreßbeschlüsse.

Die Not der Zigaretten-Industrie.

Bekanntlich haben die sämtlichen Arbeitgeberverbände der deutschen Zigarettenindustrie, auch die Berliner und Dresdner Organisationen, sich gezwungen gesehen, ihren Arbeitern und Angestellten zum 31. März zu kündigen, da nach dem Willen des Reichsfinanzministers an diesem Tage das neue Tabaksteuergesetz in Kraft treten soll, unter dessen Geltung die Herstellung einer konsumfähigen Zigarette nicht mehr möglich ist. Seit der Verabschiedung des neuen Tabaksteuergesetzes in der Nationalversammlung haben infolge der Verschlechterung der deutschen Valuta die Produktionsgrundlagen der Zigarettenindustrie eine vollständige Verschiebung erfahren. Trotz der wiederholten eindringlichen Vorstellungen der Zigarettenindustrie hat sich der Reichsfinanzminister bisher nicht geneigt gezeigt, dieser Tatsache Rechnung zu tragen und durch entsprechende Ermäßigung der Banderolensätze der Zigarettenindustrie noch eine Produktionsmöglichkeit zu lassen. Um im letzten Augenblick noch einen Ausgleich herbeizuführen und die schweren wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Schäden hintanzuhalten, die eine völlige Stillegung der Zigarettenindustrie mit sich bringen müßte, wird sich, wie wir hören, die demokratische Fraktion der Nationalversammlung mit der Angelegenheit befassen. Es soll der Industrie Gelegenheit gegeben werden, ihre bisher vom Reichsfinanzminister unberücksichtigt gelassenen Lebensnotwendigkeiten der Fraktion gegenüber darzulegen. Zu diesem Zwecke hat der wirtschaftliche Ausschuß der demokratischen Fraktion die Vertreter der Zigarettenindustrie und des Handels Ende dieser Woche zu einer Besprechung eingeladen.

*

Die gesamten Berliner Zigarettenfabriken haben jetzt ihrem Personal ebenfalls zum 31. März gekündigt. In Berlin werden dadurch 10 000 Arbeiter und Angestellte erwerbslos, bei den andern deutschen Fabriken 50 000.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

27. Februar.

Was ist ein Schalttag?

Diese Frage glaubt jeder beantworten zu können: der alle vier Jahre wiederkehrende 29. Februar. Diese Antwort stimmt jedoch in verschiedener Hinsicht nicht. Denn erstens ist der richtige, ursprüngliche Schalttag nicht der 29., sondern 25. Februar, und dann kehrt dieser Tag auch nicht alle vier Jahre wieder, wie ja bekanntlich das Jahr 1900 ohne Schalttag war, da nach den Bestimmungen des Gregorianischen Kalenders zwischen 1896 und 1904 der Schalttag acht Jahre aussetzen mußte.

Verständlich werden diese Knifflichkeiten nur dem, der die Geschichte des Schalttags verfolgt. Unser heutiger Kalender stammt von den Römern, deren Chronologie schon vor Christi Geburt in geordnete Bahnen gelenkt wurde. Ihr ursprünglicher, dem ersten Könige, Romulus, zugeschriebener Kalender soll nur zehn Monate besessen haben, und ihr zweiter, auf Numa Pompilius zurückgeführter Kalender hat nur aus Mondmonaten bestanden, daher nur 354 Tage gezählt. Infolge dieser kurzen Jahresdauer blieben für den damals letzten Monat, den Februarius, nur 27 Tage

übrig, seit 2000 Jahren ist dieser Monat also schon der kürzeste. Um nun die Abweichung des Mondjahres vom Sonnenjahr auszugleichen, führte man die Schaltung ein, und zwar gab man jedem zweiten Jahre noch einen besonderen Monat, den Marcedonius, von abwechselnd 22 und 23 Tagen am Schlusse bei, um auf die Länge des Sonnenjahres von dreihundertfünfundsechzigeinviertel Tagen zu kommen. Aber die Unordnung der Zeitteilung war damals so groß, daß die Monate den ihnen entsprechenden Jahreszeiten um 80 Tage vorausgeeilt waren. Julius Caesar unternahm daher die nach ihm benannte Kalenderreform, indem er im Jahre 708 der Gründung Roms, d. i. 46 vor Chr. Geburt, die fehlenden Tage durch noch zwei Ergänzungsmonate ausglich, so daß dieses Jahr die ungeheure Länge von 444, nach anderen 445 Tagen besaß und deshalb „annus confusionis" genannt wurde, obwohl es das letzte Jahr der Verwirrung war. Der eigentliche Schöpfer des „Julianischen Kalenders" war aber Julius Caesar nicht, sondern der von ihm mit dieser Arbeit betraute gelehrte Aegypter Sosigenes. Wir wissen überdies aus den ägyptischen Archiven, daß schon 200 Jahre früher Ptolemäus Euergetes durch das „Tanitische Dekret" eine astronomisch fast genaue Kalenderreform einführte. Außerdem verlegte Caesar den Jahresanfang auf den 1. Januar, wodurch der Januarius und Februarius die beiden ersten Monate wurden, und den alle vier Jahre einzuschiebenden Schalttag auf den Tag nach dem Feste der Terminalien, den 23. Februar, d. h. auf den 24. Februar. Das also ist in knappen Zügen die Geschichte der bis heute beibehaltenen Schaltungsart. Im Laufe der Zeit stellte sich indessen noch eine kleine Differenz heraus, und so schuf Papst Gregor XIII. durch seine am 24. Februar 1582 erlassene Bulle an Stelle des Kalenders alten Stils der nach ihm benannten Gregorianischen Kalender, der die Schaltung genau regelte und deshalb bleibenden Wert besitzt. Es sei aber auch hier der Name dessen genannt, dem eigentlich die Ehre gebührt: Luigi Lilio. Dieser hatte die Arbeit ausgeführt, war jedoch, ohne ihre Frucht zu genießen, gestorben, und erst sein Bruder Antonio reichte den Vorschlag der Kalenderreform dem Papste Gregor ein, der ihn dann nach umfangreichen Prüfungen auch einführte.

Im Volksmunde gilt der Schalttag nicht, wie oft behauptet wird, als ein Unglückstag. Diese Einschätzung hat der Schalttag lediglich der Marotte eines recht unbegabten Stribenten zu verdanken, dem schriftstellernden Weißenfelser Rechtsanwalt Adolf Müllner. Dieser hatte ein Drama von Zacharias Werner gesehen, betitelt „Der 24. Februar", und fabrizierte nach diesem mißverstandenen Vorbild ein Gruseldrama „Der 29. Februar". Zacharias Werner hatte am 24. Februar seine Mutter und ein paar Jahre später seinen Freund verloren. Dieses Zusammenfallen brachte ihn auf die Idee, diesen Tag als Schicksalstag zu bezeichnen. Daß er ihn in ein Schaltjahr verlegte, war nichts als eine Verstärkung der Wirkung. Diese griff dann Müllner auf und er häufte auf den armen Schalttag eine Greueltat auf die andere. Von seinem Drama ist nichts übrig geblieben als ein bekanntes Zitat:

„Erkläre mir, Graf Oerindur,
diesen Zwiespalt der Natur."

= **Sturm und Regen.** Wie wir schon am Montag vorausgesagt hatten, hat sich das Wetter der Woche nicht so günstig gestaltet wie in der Vorwoche. Schon seit Donnerstag zeigten sich dicke graue Regenwolken am Himmel und heute regnet und stürmt es schon den ganzen Morgen. Es hat leider den Anschein, als ob dieser Witterungscharakter vorläufig vorherrschend bleiben werde; der Sieg des Frühlings über den Winter wird doch nicht so leicht sein, wie es immer den Anschein hatte.

g. **Die Besteuerung des Haus- und Grundbesitzes nach dem gemeinen Wert; ihre Vorteile und Nachteile.** Ueber dieses z. Zt. für Herford brennende Thema sprach im Haus- und Grundbesitzerverein Herr Dr. Kuhlemann-Bielefeld von der Nordwestdeutschen Treuhand-Gesellschaft. Die Versammlung erfreute sich eines überaus zahlreichen Besuchs, Mitglieder des Magistrats, des Stadtverordnetenkollegs und Gäste hatten sich in großer Zahl eingefunden. Der Referent führte etwa folgendes aus: Daß sich Reich, Staat und Kommunen bei ihren außergewöhnlichen Aufgaben nach neuen Steuerquellen umsehen, ist begreiflich. Doch muß die Leistungsfähigkeit des Einzelnen geschont werden. Die Besteuerung darf nie dahin führen, daß durch die Steuern die Steuerquelle, der Vermögensstamm angegriffen wird. Früher war eine Uebersteuerung bei den niederen Stufensätzen nicht so schlimm, heute aber recht fühlbar. Bei der Veranlagung nach dem Nutzungswert, der bisher üblich war, konnte die Leistungsfähigkeit des Einzelnen genau berechnet werden. Bei der Einschätzung nach dem Gem.- oder Verkaufswert ist der Einzelne der Willkür der Einschätzungskommission mehr preisgegeben. Der Nutzungswert steht augenblicklich in einem sehr schroffen Verhältnis zum Verkaufswert, ganz abgesehen von den Liebhaberpreisen. Die Besteuerung nach dem Gem.-Wert würde mit großen Härten für die einzelnen Steuerzahler verbunden sein. Gleich große Betriebe mit gleichem Nutzungswert würden nach ihrer Lage, ob nahe der Stadt oder weiter, einer ganz verschiedene Wertbemessung unterliegen, so daß die Steuer ungerecht und unsozial wirken würde. Nur für Grundstücksspekulanten in Groß- und Industriestädten, die baureifes Land der Bebauung vorenthalten, um größere Gewinne zu erzielen, sei eine Besteuerung nach dem Gem.-Wert zu empfehlen. In vielen Fällen liegen solche Grundstücke brach, haben also gar keinen Nutzungswert. Werden daher Grundstücke beim Verkauf auch durch die Wertzuwachs- und Umsatzsteuer erfaßt, so geht doch der Ertrag der Vorjahre der Kommune verloren. Das ändert sich aber nach der Besteuerung nach dem Gemeinen Wert im Interesse der Haus- und Grundbesitzer und auch im Interesse der weiteren Entwicklung zu verwerfen. Kleinere Haus- und Grundbesitzer würden durch diese Besteuerungsart immer mehr in ein Schuldenverhältnis hinabgleiten, und die Stadtverwaltung würde sich die Steuerquellen abgraben. Herr Lehrer Dirks verwarf die Besteuerung nach dem Gem. Wert vom Standpunkte der Bodenreformer aus. Hier in Herford könne von Grundstückspekulation keine Rede sin, da die angrenzenden Feldmarken Baugelegenheit genug böten. Dazu sei es technisch sehr schwer, die Grenzen für die Höhe der Besteuerung festzulegen. Herr Stadtkämmerer Falk empfahl die Besteuerung in einzelnen Fällen nach beiden Steuerarten. Es liegen auch in Herford Verhältnisse vor, wo der Nutzungswert in gar keinem Verhältnis zum Gem. Wert steht, hier muß die Besteuerung nach dem Gem. Wert mit herangezogen werden. — An diesen öffentlichen Vortrag schloß sich die Generalversammlung des Vereins. Der Schriftführer, Lehrer Dirks, erstattete den Jahresbericht. Der Arbeitsausschuß hat nichts verabsäumt, um die Lage der Grund- und Hausbesitzer den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen, leider stehen die Erfolge in keinem Verhältnisse zur aufgewendeten Arbeit. Gesetzliche Maßnahmen binden dem Vorstande die Hände. Da die Abgaben an den Provinzialverband erhöht und die Ausgaben größer geworden sind, wurde der Jahresbeitrag von 2 auf 4 *M* einstimmig erhöht. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder, die Herren Dirks, Schubert, Mewes und Quante wurden durch Zuruf wiedergewählt und an die Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Herrn Flocke Herr Koopmann neugewählt. Die Mitgliederzahl ist im letzten Jahre erfreulich gewachsen. Die Beisitzer im Mieteinigungsamt und der Berufungsbehörde wurden einstimmig wiedergewählt. In der nächsten Versammlung wird der Vorsitzende, Herr Dr. Jakobsen, über das Erbschaftssteuergesetz sprechen.

= **Ausbesserung des Pflasters in der Kurfürstenstraße.** Wer als Fremder vom Bahnhofe nach Herford hereinkam und den Weg durch die Kurfürstenstraße einschlug, dem mußte gleich die ziemlich großen und tiefen Löcher in dem Asphaltpflaster des Bürgersteiges unangenehm auffallen — wenn es Tag war; und wer bei Nacht seine Straße dort zog, dem konnte es passieren, daß ihm die Löcher des Bürgersteigs dadurch „auffielen", daß er in sie hineinfiel und, wenn es geregnet hatte, Gefahr lief, wenn auch nicht gerade zu ertrinken, so doch zum mindesten ein unfreiwilliges Bad zu bekommen. Es ist erfreulich, daß diese üblen Löcher jetzt endlich beseitigt werden und der Bürgersteig der Kurfürstenstraße gründlich ausgebessert wird. Das Straßenbild erhält dadurch wieder ein viel freundlicheres, ordentlicheres Aussehen. Man darf aber auch hoffen, daß bei den Ausbesserungsarbeiten auch die benachbarte Schillerstraße, die teilweise nicht minder schadhafte Stellen aufweist, nicht vergessen wird. Auch in der inneren Stadt, in der vielbegangenen Bäckerstraße, begegnet man noch dem gleichen Uebelstand.

wp. **Die Wahlen zu den Elternbeiräten** waren durch die Aussprache in der preußischen Landesversammlung für die nächste Zeit fraglich geworden. Da nach dem Verlauf dieser Besprechung jedoch der in Aussicht genommene Termin bestehen bleibt, werden die Wahlen für die Volksschulen in Westfalen nach dem Beginn des neuen Schuljahres, also bald nach Ostern getätigt und die Vorbereitungen daher mit vollem Eifer fortgesetzt werden. Der tatsächliche Termin für jede einzelne Schule ist zuverlässig allein von dem betr. Schulleiter zu erfahren.

= **Das Tanzverbot während der Fastenzeit** ist vom Regierungspräsidenten wieder aufgehoben worden.

g. **Volkskonzert.** Es sei noch einmal auf das heute im Brinkmann'schen Saal stattfindende Volkskonzert des städtischen Orchesters hingewiesen.

Raubmord.

Oeynhausen, 27. Febr. Heute morgen 4 Uhr drangen Einbrecher in das Gebäude der Steuerkasse des Amtes Rehme in Eidinghausen ein, das von dem in den dreißiger Jahren stehenden Kassenrendanten Bente bewohnt wird. Die Einbrecher gelangten von der Veranda aus in das Schlafzimmer des Ehepaars Bente, wo sie die Frau durch einen Schlag betäubten und den Rendanten selbst erschossen. Am Geldschrank vermochten die Verbrecher nur die äußere Tür zu öffnen; die Kasse ist unversehrt. Von den Tätern, die im Wagen vorgefahren waren, fehlt noch jede Spur.

Strafkammer.

Ein zweibeiniger Fuchs.

cr. **Bielefeld,** 24. Februar.

Ein zweibeiniger Fuchs, der in der Nacht zum 31. Dezember v. Js. dem Gehöft des Landwirts Düsedickerbäumer in Oetinghausen einen Besuch abgestattet und aus dem Stalle zwei wertvolle Zuchtgänse, eine Ente und ein Huhn gestohlen hat, zierte in dem angeblichen Hausierer Johann Riepenhoff aus Essen die Anklagebank. Das am Tatorte abgeschlachtete Federvieh war ihm in Herford wieder abgenommen worden. Der Gerichtshof verurteilte den vielfach vorbestraften Gänsedieb diesmal zu 1 Jahre und 6 Monate Gefängnis und brachte ihm hierauf 1 Monat von der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung.

Schleichhandel und Hehlerei.

Wegen Schleichhandels bezw. Hehlerei hatten sich der Dreher Gustav Lewecke von Bielefeld und der Zigarrenarbeiter Wilhelm Fischer von Blotho zu verantworten. In der Nacht zum 13. Februar v. Js. wurden dem Landwirt Obernolte in Solterwisch drei Schinken, zwei Seiten Speck und eine Anzahl Würste von Einbrechern aus der Räucherkammer gestohlen. Die inzwischen abgeurteilten Langfinger haben einen Schinken an Fischer und einen Teil der gestohlenen Fleischwaren an die Gebrüder Oswald und Gustav Lewecke zu Bielefeld verkauft. Bei einer bei Oswald Lewecke vorgenommene Durchsuchung war ein Notizbuch vorgefunden worden, aus dessen Aufzeichnungen hervorging, daß die beiden Brüder einen umfangreichen Schleichhandel mit Butter, Fett, Schinken usw. betrieben und alles nach Düsseldorf verschoben haben. Nach ihren Aufzeichnungen sollen die Gebrüder Lewecke auch das Fleisch von einem schwarzgeschlachteten Rinde von dem Landwirt Meier in Hörste gekauft und nach Düsseldorf verschoben haben. Da der heute nur in Frage kommende Gustav Lewecke davon nichts wissen wollte und Meier sein Zeugnis verweigerte, konnte über diesen Fall nichts Positives festgestellt werden. Der Gerichtshof hielt Gustav L. des umfangreichen Schleichhandels für überführt und verurteilte ihn zu 6 Wochen Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 2000 Mark. Fischer erhielt wegen Hehlerei 1 Monat Gefängnis.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Das Wüten der Grippe.

wtb. **Dortmund,** 25. Febr. Die Grippe fordert hier immer noch gewaltige Opfer. In den letzten fünf Tagen sind insgesamt 157 Personen an dieser Krankheit gestorben, davon allein 60 am 23. Februar, die bisherige Höchstzahl an einem Tage. Im Verhältnis zur Vorwoche (in 7 Tagen 170 Todesfälle) hat die Sterblichkeit noch zugenommen.

Görlitz, 26. Febr. Sämtliche Schulen der Stadt einschließl. der Fortbildungsschulen sind von heute bis zum 6. März einschließlich wegen der sich immer weiter ausbreitenden Grippeepidemie geschlossen worden.

Wie Deutschland ausgepowert wird.

Berlin, 26. Febr. Heute ist durch Beamte der Sicherheitspolizei festgestellt worden, daß am Nationaldenkmal vor dem Schloß wieder eine Anzahl Bronzeteile abgeschlagen und gestohlen worden sind. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Wucher- und Schiebertum.

Verhaftete Schieberbande.

Köln, 26. Febr. Hier wurde eine vielköpfige Schiebergesellschaft, die 700 Zentner der Stadt Köln gehörigen Weizen nach einem bergischen Städtchen verschleppte, verhaftet Empfänger waren Oberstadtsekretäre, Stadtsekretäre, Stadtverordnete, alle Mitglieder der U. S. P.

Der Bock zum Gärtner gemacht.

Dortmund, 26. Febr. In Dortmund und Umgegend sind in letzter Zeit von Beamten des Reichsverwertungsamtes Sprit, Kognak und Lebensmittel beschlagnahmt worden, ohne daß die hiesige Lebensmittelpolizei oder die Staatsanwaltschaft davon Kenntnis erhielten. Da die Beamten bei ihren Beschlagnahmungen ihre Befugnisse bei weitem überschritten, sind der Beschlagnahmekommissar Groß, sowie die beiden Unterbeamten Kochem und Ellmer verhaftet und ins hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Sport.

Sport am Sonntag. Zu unserm gestrigen Sportbericht unter dieser Spitzmarke wird uns geschrieben: Der Berichterstatter schreibt u. a.: Spielvereinigung 5 — Rasensport 3 5:0. Dazu ist zu bemerken, daß dieses Spiel schon vor 14 Tagen stattfand und das Resultat nicht 5:0, sondern 5:1 war. Weiter heißt es in dem Bericht: Rasensport 4 — Hiddenhausen 1 Jgd. 3:2. Dieses ist noch rechtzeitig von einem Sportmann, der das Spiel mitmachte, abgeändert worden und es heißt nicht 3:2, sondern richtig 1:2.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:		26. Febr. Geld	26. Febr. Brief	25. Febr Geld	25. Febr Brief
Holland	100 Gulden	3596	3604	3596	3604
Norwegen	100 Kronen	1817	1883	1813	1817
Dänemark	100 Kronen	1446	1449	1848½	1851½
Schweden	100 Kronen	1668¼	1671¾	1673¼	1676¾
Helsingfors	100 finn. Mark	439,60	440,40	389,50	400,40
Schweiz	100 Franken	1568¼	1571¾	1568½	1571½
Wien (alles)	100 Kronen	38,96	39,04	39,46	39,54
Budapest	100 Kronen	33,96	34,04	34,21	34,29
Prag	100 Kronen	100,40	100,60	99,90	100,10
Spanien	100 Peseta	1683¼	1686¾	1678¼	1681¾

Börsenfeiertage.

Berlin, 26. Febr. Der Börsenvorstand beschloß im Monat März den Fondsbörsenverkehr Dienstags, Donnerstags und Sonnabends ausfallen zu lassen, doch finden an diesen Tagen die amtlichen Notierungen der ausländischen Devisen und Banknoten statt, nur am Dienstag den 2. 3. fällt der gesamte Börsenverkehr und der Produktenmarkt wegen der Jahrhundertfeier der Korporationskaufmannschaft aus.

Berliner Warenmarkt.

Berlin, 26. Febr. Die Stimmung für Hafer war ziemlich fest aber ruhig. Inländische Bohnen sind nur in kleineren Posten angeboten, erzielen daher unschwer höchste Preise. Wegen des schlechten Standes der Währung kommen Geschäfte mit Auslandsware nur sehr schwer zustande. Folgende Preise wurden ermittelt: Hafer für 1000 Kgr. am Platze 4620 *M*, ab Bahn, auf Abladung 4640—4690 *M* ab Station, ferner alles für 50 Kgr. ab Station: Viktoria-Erbsen 440—580 *M*, gelbe und grüne 380—540 *M*, Bohnen weiße inl., 400—500 *M*, Stroh drahtgepreßt 29—38 *M*, gebündelt 27—35 *M*, Peluschken 240—255 *M*, Serradella 127—132 Mark, Lupinen 90—120 *M*, Wiesenheu lose 48—56 *M*.

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Es wird vorgeschlagen, 8½ Prozent Dividende auszuschütten.

Sparprämienanleihe. Aus Bankkreisen ist dem Finanzministerium das dringende Ersuchen unterbreitet worden, den zum 15. März 1920 in Aussicht genommenen ersten Verlosungstermin der Deutschen Sparprämienanleihe von 1919 bis zum 31. März 1920 zu verschieben, weil die Banken bei der außerordentlichen Arbeitsüberlastung nicht in der Lage seien, die Stücke der Sparprämienanleihe rechtzeitig bis zum 15. März 1920 den Depositen der einzelnen Zeichner beizufügen. Der Antrag ist gestellt worden selbst auf die Gefahr hin, daß die Auszahlung der Gewinne nicht mehr, wie ursprünglich beabsichtigt, im Monat April erfolgen kann.

Erhöhung des Verbandspreises für Zink.

Der Zinkhüttenverband hat beschlossen den Zinkpreis von 650 Mark auf 1000 Mark für 100 Kgr. zu erhöhen.

Aerztlichen Dienst für Notfälle
haben Sonnabend nachmittag und Sonntag, den 29. Februar:
San.-Rat Dr. Pape und Dr. Weinberg.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Wese, beide in Herford.

Statt Karten!

Ihre heute vollzogene Vermählung geben bekannt:

Ferdinand Clemen
Martha Clemen
geb. Huep.

Herford, den 27. Februar 1920.
Bergertorwall 14

BETTY AUMANN
GEB. RÖHLING
WILLI WILLE
VERLOBTE.

HERFORD SUNDERN
FEBRUAR 1920.

Die glückliche Geburt eines gesunden
Knaben
zeigen hocherfreut an
Hans und Mathilde Dahl
geb. Decius.

Herford, den 26. Februar 1920.
Bismarckstrasse 21.

Wie in bisheriger Weise findet am Sonntag, den 29. Februar bei allen Saalwirten
Tanz
statt. Auch die bestellten Festlichkeiten finden statt.
Verein Herforder Wirte
Gruppe Saalwirte.

Turnklub Rasensport.

Sonnabend, den 28. Februar, in den Sälen von Brockmanns Berggarten



grosser Kostümball!

mit verschiedenen Aufführungen. Sportfreunde und Gäste mit Damen willkommen.

Der Fest-Ausschuss.

Restaurant A. Kropp.

Sonnabend, den 28. Februar feiern die Bildhauergehilfen ihr

1. Stiftungsfest.

Anfang 7 Uhr. Freunde und Gönner sind herzlichst willkommen.

Stille, Falkendiek
Sonntag, den 29. Februar
Streich-Konzert.
Anfang 3½ Uhr.

Achtung! Kaufe laufend jeden Posten **alle Sorten Lumpen, Metalle, Eisen und Felle** und zahle höchste Preise.
Kann auch alles selbst abholen. Postkarte genügt.
Produktenhandlung Rudolf Schemann,
Werrestraße 41.

Festsäle * Bürger-Verein. * Festsäle
Am Sonntag, den 29. Februar, nachmittags 3½ Uhr:
*** Tanzkränzchen. ***
Empfehle die Säle für Festlichkeiten, Hochzeiten und Versammlungen. **C. Utzhauer.**

Ahmsen! **Ahmsen!**
Im Hause des Landwirts Brand findet am **Sonntag, den 29. Februar** ein
Lichtbilder-Vortrag
statt. Thema:
„Bilder aus der heimatlichen Vogelwelt".
Anfang 4 Uhr! Referent: **Lehrer Wolff.** Anfang 4 Uhr!
Es ladet ein
Die Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten.

Erwerbslosen-Unterstützungen
werden **Sonnabend, den 28. Februar 1920, von vormittags 8—12½ Uhr**
sämtlich am **Schalter 2** ausgezahlt.

An anderen Tagen findet keine Auszahlung der Unterstützung statt, mit Ausnahme an diejenigen, welche auswärts die Arbeit aufnehmen.

Die Erledigung anderer Kassengeschäfte, außer der Einzahlung von Steuern und Schulgeldern, kann an diesem Tage nicht erfolgen.

Herford, den 27. Februar 1920.

Kämmereikasse.

Beihilfe zu den Versorgungsgebührnissen an die Kriegerwitwen usw.

Die Auszahlung der Beihilfe für den Monat Februar ds. Js. findet
Sonnabend, den 28. Februar 1920,
am Schalter 8 statt.

Die vom Magistrat zugefertigte Mitteilung über die Bewilligung der Beihilfe ist vorzulegen.

Herford, den 26. Februar 1920.

Kämmereikasse.

Tüchtige, selbständige
Schneiderinnen
für unsere Maßateliers bei hohem Lohn gesucht.
Louis Ranzow, G. m. b. H., Herford.

Für Ehepaar, ohne Kind, wird ehrliches gewandtes **Alleinmädchen** gesucht (nicht unt. 22 Jahre) das selbst kochen kann, bei gutem Lohn und guter Kost.
Frau J. Ruschkewitz, Gehrenberg 25.

Suche für Ziegelei Nagel u. Co. in **Wöhrden** b. Stade noch
mehrere Ziegelarbeiter
für Ofen, Presse und Lehmberg gegen Tariflohn.
Meldung bei **Wilhelm Kruse, Heipke, Post Leopoldshöhe in Lippe.** Kost und Logis auf Ziegelei.

Suche für Kampagne 1920 nach Holzwickede zu drei Tischen (Wasserstrich) die erforderlichen
Leute
wie **Streicher, Aufkarrer, Einspetter, Lehmfahrer.** Beim Ofen: **Brenner, Einsetzer, Auskarrer, Einschieber, Hagensetzer,** 5—6 Mann können Anfang März eintreten. Zehnstündige Arbeitszeit. Tariflohn oder hoher Akkord.
Schriftliche Meldungen an **Ernst Nissiek,** Ziegelmeister, **Dahl II in Vorhalle b. Hagen (Westf.)**

Wir kaufen
Papierabfälle aller Art
(alte Zeitungen, Bücher, Journale, Pappen usw.) zu Tagespreisen.
Buchdruckerei Fr. Kuhle
Fernsprecher 83 und 151.

Umpreßhüte
für Damen, Herrn und Kinder werden Ende jeder Woche abgeschickt. Schnellste Lieferung. Tadellose Ausführung.
Geschwister Kuhlmann,
Putzgeschäft, Rennstraße 43.

Ein Paar guterhaltene
Herrenschuhe Größe 41
sowie eine
Sommerwollbluse
zu verkaufen.
Ahmserstraße 65 I.

Gebrauchte
Packkisten
zu kaufen gesucht.
Gustav Vogelsang,
Waltgeristraße.



Anmeldungen
zu dem am **12. April** beginnenden Handelskursen werden täglich im Büro der Schule vorm. von 9—12 Uhr entgegengenommen. (Sonntags nicht.)
OstwaldsHandelsschule
Herford.
Der Leiter:
Dipl. Kaufm. Ostwald,
beeid. Bücherrevisor.

Büffet, Tisch und Stühle
alles Eichen gebeizt, zu verkaufen. Nachzufragen unter Nr. 6293 in der Geschäftsst. d. Ztg.

Harakiri
Misericordia
Der goldene See
Nachtasyl
Wahnsinn
DerRitualmord

Städtisches Orchester
Heute Freitag abend 8 Uhr:
II. städtisches
Volks-Konzert
in Brinkmanns Konzertsaal.
Leitung: Herr städtischer Musikdirektor Quest.
Eintritt 2 Mark.

Ein möbl. Zimmer
mit Morgenkaffee evtl. voller Pension zu sofort gesucht.
Angebote unter Nr. 6230 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Dauermieter sucht
möbl. Zimmer
per 1. März, wenn möglich mit Pension.
Angebote an die Geschäftsstelle d. Ztg. unter Nr. 6295.

Mk. 10000
auf I. Hypothek z. leihen gesucht.
Angebote unter 6265 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein größeres Schwein
hat abzugeben
Philipp Puls,
vorm Holzschlinge 48.

Maulwurfsfelle
und alle andern Sorten Felle kauft zum höchsten Tagespreis.
Maulwurfsfelle für 12—18 M.
Moritz Meyer, Bielefeld,
Kreuzstraße 42.
Auch Postsend. sind erwünscht.

Zigaretten
o. M., gar. reine Ware, Bandf., vers. u. Nachn. portofrei, 100 Stck. 14 M., Mille 134 Mark.
Greulich,
Gommern b. Magdbg.

Genau so wie Sie
diese
Zeilen lesen,
liest auch das kaufende Publikum Ihre
Inserate, wenn Sie diese
zugkräftig abfassen oder die
Abfassung uns überlassen. Dann
aber tut eine Zeitungsanzeige mehr,
als die geschmackvollste Schaufenster-Dekoration.
Durch im rechten Blatt und zur rechten Zeit veröffentlichte Inserate kommt jedes Geschäft
rasch in die Höhe und erzielt einen
höheren Umsatz. Das ist keine
neue Wahrheit, sondern
eine alte Erfahrung,
denn auf diese
Weise
haben's schon viele gemacht!

Zur Pflege einer älteren Dame wird sofort einfaches
Mädchen oder Frau
gesucht
Zu erfragen in der Geschst. dieser Zeitung unter Nr. 6258.

Zuverlässiger, älterer
Portier
zu sofort gesucht. Zu melden nachm. zwischen 4 und 6 Uhr.
Lichtspielhaus „Wittekind".

Zuverlässiger
Kutscher
gesucht.
Möbelfabrik August Stüssel.

Laufbursche
nicht unter 12 Jahren gesucht.
Ww. Weinberg,
Bäckerstraße 26.

Lehrling
für meine Polster- und Dekorationswerkstätten gesucht.
Möbelfabrik August Stüssel.

Kirche der christlichen Wissenschaft.
(Christian Science)
Herford, Göbenstraße 53.
Gottesdienst:
Sonntag, morgens 10 Uhr
Versammlungen:
Mittwoch, abends 8½ Uhr.

Film- Ideen verwertet **Heinz Buchholz, Detmold**

Bekanntmachung.

Nach der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 27. Januar 1920 über Erleichterungen der Anzeigepflicht nach § 189 der Reichsabgabenordnung haben öffentliche und private Banken und Zweigniederlassungen von Banken, Sparkassen und Bankiergeschäfte dem Finanzamt, in dessen Bezirk sich ihre Niederlassung befindet, ein Verzeichnis ihrer Kunden bis zum 1. Mai 1920 mitzuteilen.

Die zuständige Anmeldestelle für Banken usw., die ihren Sitz im Stadt- und Landkreise Herford haben, ist das Finanzamt in Herford Münsterkirchplatz 10.

Die erforderlichen Vordrucke für die Verzeichnisse werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Banken usw. werden hiermit aufgefordert, den erforderlichen Bedarf dem unterzeichneten Finanzamt unverzüglich anzuzeigen.

Den Anzeigepflichtigen ist nachgelassen bei Bestellung für mindestens fünfundzwanzigtausend Kunden am Kopfe der Vordrucke gegen Erstattung der Mehrkosten durch den betreffenden Anzeigepflichtigen ihre Firma eindrucken zu lassen.

Der durch den Firmeneindruck entstehende Mehrkostenbetrag kann z. Zt. noch nicht angegeben werden. Wünsche wegen Firmeneindrucks wollen bei der Bestellung der Vordrucke angegeben werden.

Herford, den 24. Februar 1920.

Das Finanzamt.

Bekanntmachung.

Halten von Ziehkindern.

Es wird darauf hingewiesen, daß nach der Prov. Polizei-Verordnung vom 1. 4. 97 Personen, welche gegen Entgelt fremde — d. h. nicht eigene — Kinder, die noch nicht oder aus irgend einem Grunde überhaupt nicht schulpflichtig sind, in Kost und Pflege nehmen wollen, hierzu wegen jedes einzelnen Kindes die schriftliche Erlaubnis der Polizeibehörde nachzusuchen haben.

Diejenigen Personen, welche ein nicht schulpflichtiges Kind in Pflege haben, ohne im Besitze der polizeilichen Genehmigung hierfür zu sein, werden hierdurch aufgefordert, die Anmeldung sofort schriftlich oder mündlich auf Zimmer 34 des Rathauses zu bewirken, damit die Genehmigung nachträglich erteilt werden kann.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden mit Geldstrafe bis zu 60.— *M*, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe tritt, bestraft.

Die Polizeiverwaltung.

Kuchenbackverbot.

§ 1. Die gewerbliche Herstellung und Abgabe von Kuchen und Torten in Bäckereien, Kaffees, Gast- und Speisewirtschaften, in Speiseanstalten oder Erfrischungsräumen des Militärs, in Geschäftshäusern, Fabriken oder Privatvereinigungen ist verboten.

§ 2. Reine Konditoreibetriebe, das sind solche Betriebe, in denen Brot weder hergestellt noch abgesetzt wird, dürfen Torten, zu **deren Herstellung Getreidemehl überhaupt nicht verwendet wird,** gewerblich herstellen und abgeben; im übrigen ist auch ihnen die Herstellung von Torten verboten.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 *M* bestraft.

Minden, den 11. Januar 1918.

Der Regierungspräsident.

Erneut veröffentlicht; insbesondere werden Konditoreien, Gast- und Schankwirtschaften usw. auf die noch in Geltung stehenden Bestimmungen über die Bereitung von Kuchen vom 16. Dezember 1915 (RGBl. S. 823) hingewiesen, wonach in ihren Betrieben nicht bereitet werden dürfen:

Backwaren in siedendem Fett (Berliner Pfannkuchen und ähnliche),
Backwaren unter Verwendung von Mohn, Creme,
Baumkuchen,
Creme unter Verwendung von Eiweiß, Fett, Milch oder Sahne jeder Art,
Fettstreusel.

Unsere gespannte Ernährungslage zwingt zu unnachsichtlichem Einschreiten im Uebertretungsfalle. Bäckereien ist ganz allgemein und unbedingt verboten, Kuchen oder Torten herzustellen; sie haben im Uebertretungsfalle nicht nur Bestrafung nach der obigen Anordnung zugewärtigen, sondern es wird ihnen nach ausdrücklicher Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten auch die Belieferung mit Brotmehl gesperrt.

Herford, den 20. Februar 1920.

Der Landrat.

Städtische gewerbliche Fortbildungsschule.

Um den Verspätungen beim Schulanfang, sowie den immermehr wachsenden Urlaubsgesuchen entgegen zu wirken, haben wir den Herrn Schulleiter angewiesen, in Zukunft Verspätungen unnachsichtig zur Bestrafung zu melden, ebenso Schulversäumnisse, für welche eine wirklich ausreichende Begründung nicht vorgebracht wird. Demselben Lehrlinge wird in demselben Monat unter keinen Umständen mehr, wie zweimal Urlaub gewährt. Weiteres auch entschuldigtes Fehlen, wird zur Strafe angezeigt werden.

Das Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule.
Der Vorsitzende.
Busse, Oberbürgermeister.